

## Prostitution: EU ruft den Kampf gegen Menschenhandel aus

Bis zu 40.000 Zwangsprostituierte werden zur Fußball-WM in Deutschland erwartet.

Heike Hausensteiner aus Strassburg

Zumeist mit falschen Versprechungen locken sie skrupellose Menschenhändler in den reichen Westen. Dort werden sie dann von ihren Schergen gezwungen, ihre Körper zu verkaufen: Bis zu vier Millionen Personen, schätzen Hilfsorganisationen, werden jährlich Opfer des Menschenhandels, 300.000 sollen es allein in der EU sein. 80 Prozent sind Frauen — bis zu 50 Prozent Minderjährige. Doch auch Buben sind zunehmend betroffen.

Diese erschreckende Zahl wird vermutlich zur Fußball-WM im Juni in Deutschland rasant ansteigen: 30.000 bis 40.000 Zwangsprostituierte aus Osteuropa könnten eingeschleust werden, befürchten Experten. Die EU muss nun rasch handeln.

Auch aus diesem Grund hat das Europaparlament unlängst mit überragender Mehrheit einen „Aktionsplan“ angenommen. Demnach soll das Europäische Polizeiamt (Europol) aufgestockt, einschlägige Etablissements im Grenzgebiet sollen verstärkt kontrolliert werden. Zudem will das EU-Parlament Einreise-Visa intensiver überprüfen lassen. Der Plan sieht auch Schutzmaßnahmen für die Opfer vor: Den Betroffenen soll Asyl gewährt werden, ein eigener Fonds soll ihnen die Rückkehr in ihre Heimatländer erleichtern. Außerdem verlangt das Parlament eine europaweite Aufklärungskampagne. Schließlich sollen Täter stärker verfolgt und bestraft werden. Das Ziel des EU-Parlaments: Die Zahl der Betroffenen soll in den nächsten zehn Jahren halbiert werden. Der

25. März wurde zum „Tag gegen den Menschenhandel“ erklärt.

Am Zug sind nun aber die Mitgliedsländer: Sie müssen diesen Aktionsplan, der auch schon von der EU-Kommission abgesegnet wurde, umsetzen. „Die Menschenhändlerringe werden technisch immer perfekter“, warnt SPÖ-EU-Abgeordnete Christa Prets, die das Papier vorgeschlagen hatte. „Österreich muss während der Ratspräsidentschaft aktiv werden“, fordert sie.

Das Thema Menschenhandel will Österreich beim nächsten Treffen der Innen- und Justizminister im April auf den Tisch bringen. Dabei wird auch der umstrittene Vorschlag von Schwedens Justizminister Thomas Bodström, in dessen Land Prostitution verboten ist, diskutiert werden: Deutschland solle während der WM käuflichen Sex untersagen, hatte Bodström gefordert. Innenministerin und Ratsvorsitzende Liese Prokop will diesen Plan „weiter verfolgen“. Zudem möchte sie Visa-Daten nutzen, um die Anreise von Frauen zu kontrollieren, die bei Großereignissen zur Prostitution gezwungen werden könnten.

Gegen ein Verbot spricht sich Prets aus. „Es gibt Prostitution, hat sie immer gegeben und wird sie geben.“ Sie fordert konkrete Maßnahmen gegen den Menschenhandel. „Es kann nicht sein, dass wir Tiertransporte regeln, aber gegen Menschenhandel nichts tun.“

„Die Presse“, 01.03.2006